

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Studierendenschaft der OvGU

Datum: 06.07.2026

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Mieten für Studierende in Sachsen-Anhalt stabil zu halten, und befürworten Sie einen gezielten Ausbau der Kapazitäten in Studentenwohnheimen?

Investitionen in Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende haben für die SPD Priorität. Dafür wollen wir die Förderung aus dem Bundesprogramm „Junges Wohnen“ so ausgestalten, dass sie für die Schaffung und Modernisierung von Wohnraum für Studierende genutzt werden können. Die Studierendenwerke sind dabei wichtige und besonders zu unterstützende Partner. Notwendige Änderungen der bestehenden Richtlinie zur Erreichung dieser Zielstellung unterstützen wir.

Wie beabsichtigen Sie, den ÖPNV als wichtigstes Verkehrsmittel für Studierende zu stärken? Setzen Sie sich insbesondere für die Einführung eines landesweiten 29€-Tickets für Studierende und Auszubildende ein?

Unser Ziel ist die kostenlose Beförderung von Schülern, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden.

Wir streben eine Verdopplung des Angebots im ÖPNV an, insbesondere im ländlichen Raum. Damit verbessert sich auch die Anbindung von Hochschulstandorten an die Orte in der Region. Wir wollen junge Menschen in die Planung des ÖPNV einbinden, damit Taktung und Verbindungen ihren Lebensrealitäten entsprechen.

Auf welche Weise wollen Sie studentische Initiativen und hochschulpolitische Gruppen im Stadtbild und in der Gesellschaft fördern und sichtbarer machen?

In vielen Hochschulorten prägen Studierende und andere Hochschulmitglieder in erheblichem Maße Stadtbild, Stadtkultur und kommunale Politik. Das ist eine Frage eigener studentischer Aktivität, der Vernetzung mit anderen kommunalen Akteuren und des kulturellen Klimas in der jeweiligen Stadt.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Unterstützen Sie die Einführung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte (TV Stud) an den Hochschulen des Landes?

Ja. Es war ein wichtiger Fortschritt, dass im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder 2023 mit einer Mindestvertragslaufzeit und Mindeststundenentgelten erstmals Regelungen für studentische Beschäftigte getroffen wurden und dass die Tarifparteien vereinbart haben, künftig über die Anpassung der Entgelte zu verhandeln. Das sind wichtige Schritte zur besseren sozialen Absicherung studentischer Beschäftigter und hin zu einer eigenständigen tarifvertraglichen Regelung. Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften und der studentischen Beschäftigten nach einem eigenen Tarifvertrag.

Setzen Sie sich für eine gesetzliche Vergütungspflicht von Pflichtpraktika sowie eine klare Definition der Vergütungskriterien ein?

Wir wollen, dass Pflichtpraktika in Ausbildung, Umschulung und Studium vergütet werden und unter fairen Bedingungen stattfinden. Wo das Land zuständig ist, werden wir vorangehen.

Halten Sie eine Erhöhung der staatlichen Grundfinanzierung der Hochschulen für notwendig, um die Qualität von Lehre und Forschung dauerhaft zu sichern?

Die stabile und verlässliche finanzielle Ausstattung der Hochschulen gehört zu den großen Standortvorteilen Sachsens-Anhalts mit Bedeutung weit über Wissenschaft und Forschung hinaus. Die kritische und manchmal prekäre Situation in anderen Bundesländern zeigt, wie wichtig es ist, dass in Sachsen-Anhalt die Prioritäten zugunsten der Wissenschaft gestellt wurden. Mit uns wird es keine Änderung an dieser Prioritätensetzung geben. Investitionen in Hochschule und Wissenschaft sind Investitionen in die Zukunft des ganzen Landes. Das Verfahren der Zielvereinbarungen gibt den Hochschulen einen verlässlichen und bewährten Rahmen für ihre Arbeit, den wir beibehalten wollen.

Hochschulen brauchen beides: eine solide, verlässliche und für Lehre und Forschung auskömmliche Grundausstattung und erfolgreiche Kooperationen mit Partner aus anderen Hochschulen, anderen Wissenschaftseinrichtungen, Stiftungen und forschenden Unternehmen. Wichtig ist, dass die Hochschulen durch Regularien, Kontrollen und nicht zuletzt ihre innere Haltung sicherstellen, dass ihre Autonomie und die Freiheit ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Kooperationsprojekten nicht angetastet werden. Drittmittelfinanzierung darf nicht dazu dienen, Teile der staatlichen

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Grundausrüstung der Hochschulen zu ersetzen. Deshalb lassen wir am Stellenwert der Hochschulfinanzen im Landeshaushalt nicht rütteln.

Bei der Finanzierung ist uns wichtig: Ohne starke Grundlagenforschung ist weder das Erreichen von Exzellenz in Forschung und Lehre noch eine zielführende anwendungsorientierte Forschung vorstellbar. Grundlagenforschung bleibt das Rückgrat wissenschaftlichen Arbeitens und muss finanziell gesichert sein.

Werden Sie die Universitäten finanziell und ideell dabei unterstützen, die Digitalisierung der Lehre als festen, qualitativ hochwertigen Bestandteil des Studiums zu etablieren?

Ja. Digitalisierung ist für uns integrierter Bestandteil der Fortentwicklung von Forschung und Lehre. Wir betrachten Hochschulen zudem als Teil der kritischen Infrastruktur, der entsprechend gegen Angriffe geschützt werden muss.

Wie stehen Sie zu einer Stärkung der studentischen Mitbestimmung in den akademischen Gremien? Wie definieren Sie in diesem Kontext die zukünftige Rolle und Aufgabenstellung der studentischen Vertretung (Stura/Fachschaften)?

Mitbestimmungs- und Teilhaberechte aller Mitgliedergruppen gehören zum Fundament einer demokratischen Hochschule. Die Mitbestimmungsrechte u. a. der Studierenden haben wir mit der jüngsten Novellierung des Hochschulgesetzes gestärkt, hier für die Medizinischen Fakultäten. Diese Politik werden wir fortsetzen.

Wir stehen für die ungehinderte politische Betätigung von Studierendenorganisationen in der Hochschule. Grundlage für Hochschuldemokratie bleibt ein Klima der offenen, respektvollen politischen Debatte in Gremien und Hochschulöffentlichkeit.

Wie bewerten Sie die Rückkehr zum generischen Maskulinum in der Verwaltungssprache im Hinblick auf die Ideologiefreiheit und die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre?

Wir lehnen Sprachverbote ab, erst recht im Kontext der verfassungsmäßig geschützten Freiheit von Forschung und Lehre.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Welche Strategien verfolgen Sie, um den Hochschulzugang unabhängig von der sozialen Herkunft zu gestalten und Barrieren (z.B. durch Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegezeiten oder Erstakademiker-Status) abzubauen?

Die Einführung des BAföG durch die SPD-geführte Bundesregierung vor 55 Jahren war ein Meilenstein für mehr Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit. Der Zugang zum Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – dieser Grundsatz gilt für uns uneingeschränkt. Eine bedarfsgerechte Ausbildungsfinanzierung bleibt deshalb eine unverzichtbare Grundlage dafür, dass auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien die Chance haben, erfolgreich ein Hochschulstudium zu absolvieren.

Wir treten deshalb entschieden dafür ein, dass die im Koalitionsvertrag im Bund verabredete umfassende BAföG-Reform zügig umgesetzt wird. Wir brauchen eine bedarfsgerechte Anhebung der BAföG-Sätze, eine Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten und vereinfachte Antragsverfahren.

Wie stehen Sie zu der Überlegung, dass die bisherige Konstruktion der Studierendenschaft als eigenständige Körperschaft nicht mehr erforderlich sei (vgl. Entwurf zur Änderung des HSG LSA)?

Wir stehen uneingeschränkt für den Erhalt der Verfassten Studierendenschaft als demokratisch legitimierte Interessenvertretung der Studierenden ein. Der Vorstoß der AfD-Landtagsfraktion zur Abschaffung der Studierendenschaften wurde von allen demokratischen Fraktionen des Landtages einhellig zurückgewiesen.

Wie planen Sie die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung zu regeln, um die ambulante Versorgung angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle (ca. ein Drittel der Behandler ist über 60) sicherzustellen?

Wir setzen uns für eine bundeseinheitliche Regelung ein.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Planen Sie den Ausbau der Masterstudienplätze in Psychologie, und wie sichern Sie dabei die notwendige Qualität der Lehre finanziell ab?

Das ist eine Frage, die in der jeweiligen Hochschule zu entscheiden ist. Das Land stellt im Rahmen der abgeschlossenen Zielvereinbarungen die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

Wie bewerten Sie die aktuellen Honorarkürzungen in der ambulanten Psychotherapie vor dem Hintergrund steigenden Bedarfs?

Wir sehen die Honorarkürzungen äußerst kritisch und halten sie sowohl angesichts des Bedarfs als auch angesichts der erbrachten Leistungen für nicht gerechtfertigt. Wir erwarten deshalb, dass die Gesetzliche Krankenversicherung ihre Entscheidung überprüft, damit die ambulante Versorgung nicht gefährdet wird.

Bewerten Sie die Landarztquote als effektives Mittel gegen den Ärztemangel und planen Sie einen Ausbau der Medizinstudienplätze inklusive der notwendigen Investitionen in Infrastruktur und Personal?

Die Landarztquote ist ein wichtiges Instrument und ein Signal für ein Engagement von angehenden Ärzt:innen in den Regionen Sachsen-Anhalts. Die überwiegende Verantwortung für die Versorgung mit niedergelassenen Ärzt:innen liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Wo das Angebot nicht ausreicht und auch kein Krankenhausträger ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) anbietet, bewähren sich kommunale MVZs, die auf die Situation vor Ort angepasst sind.

Wenn die bisherigen Instrumente nicht ausreichen, muss auch über einen Ausbau der Medizinstudienplätze nachgedacht werden.

Unterstützen Sie eine Novellierung der Approbationsordnung hin zu einem praxisorientierteren Studium und die Forderung nach einer Mindestvorbereitungszeit von vier Wochen zwischen dem Praktischen Jahr und dem Dritten Staatsexamen (M3)?

Wir halten die Novellierung der Approbationsordnung für erforderlich und erwarten, dass die Bundesregierung entsprechend ihrem Koalitionsvertrag im ersten Schritt einen Zeitplan für die Novellierung vorlegt. Die Forderung nach einer ausreichenden Vorbereitungszeit für das Dritte Staatsexamen unterstützen wir.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Welche Maßnahmen planen Sie gegen Rassismus und Diskriminierung im Gesundheitswesen, um eine Gleichbehandlung aller Bevölkerungsgruppen und die damit verbundene Kosteneffizienz zu gewährleisten?

In kaum einem anderen Berufsfeld arbeiten so viele Menschen erfolgreich mit so vielen Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammen wie im Gesundheitswesen, und Patient:innen erfahren Hilfe durch ein von Vielfalt geprägtes medizinisches Personal. Wenn in diesem Umfeld dennoch rassistische Vorbehalte auftreten, kommt es darauf an, dass diese von den Führungsverantwortlichen in diesen Einrichtungen ebenso wie von den Mitarbeitenden entschieden zurückgewiesen werden.

Wir unterstützen Projekte der Gesundheitsfürsorge für Menschen, die sich ohne Papiere in Deutschland aufhalten und/oder keine Krankenversicherung haben.

Befürworten Sie eine Verfahrenserleichterung für ausländisches Fachpersonal (z.B. Arbeitsbeginn parallel zum Anerkennungsprozess), um den Personalmangel zu lindern?

Ja. Gleichzeitig sollen die Verwaltungsverfahren zur Anerkennung vereinfacht und beschleunigt werden, ohne Absenkung von Standards. Berufserfahrungen sollen bei der Anerkennung stärker berücksichtigt werden.

Befürworten Sie eine Verlagerung der Kompetenz zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit weg von den Prüfungsausschüssen hin zu einer rein medizinischen Beurteilung durch Ärztinnen und Ärzte?

Nein. Grundsätzlich sollte, solange keine gravierenden Zweifel bestehen, eine ärztliche Krankschreibung für die Verschiebung eines Prüfungstermins ausreichend sein.

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Abbruchquoten im Lehramtsstudium senken und die Attraktivität des Studiums in Sachsen-Anhalt steigern?

Da es sich beim „Abbruch“ eines Lehramtsstudiums vielfach um die Umorientierung auf einen anderen Abschluss bei unveränderter Fächerwahl handelt, geht es vor allem auch um die Attraktivität des Lehramtsberufs selbst.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Wir haben im Landtag ein Pilotprojekt auf den Weg gebracht: Lehramtsstudierende lernen in den ersten Semestern alle weiterführenden Schulformen kennen und entscheiden sich erst später für ein schulformspezifisches Studium. Damit wollen wir vor allem mehr Lehrer:innen für Gemeinschaftsschulen und Sekundarschulen gewinnen und frühzeitige Praxiseinblicke ermöglichen.